



Ländliche Räume als Möglichmacher der Transformation

DIHK-Position 2025

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

Impressum



Deutsche
Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© **Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)**

Bereich Digitale Wirtschaft, Infrastruktur, Regionalpolitik – Berlin 2025

DIHK Berlin

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon: 030 20308-0 | Telefax: 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon: +32-2-286-1611 | Telefax: +32-2-286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Alena Kühlein, DIHK | Dirk Binding, DIHK

Grafik

Friedemann Encke, DIHK

Bildnachweis

© Daniel Balakov / E+ / Getty Image | Thünen-Landatlas

Stand

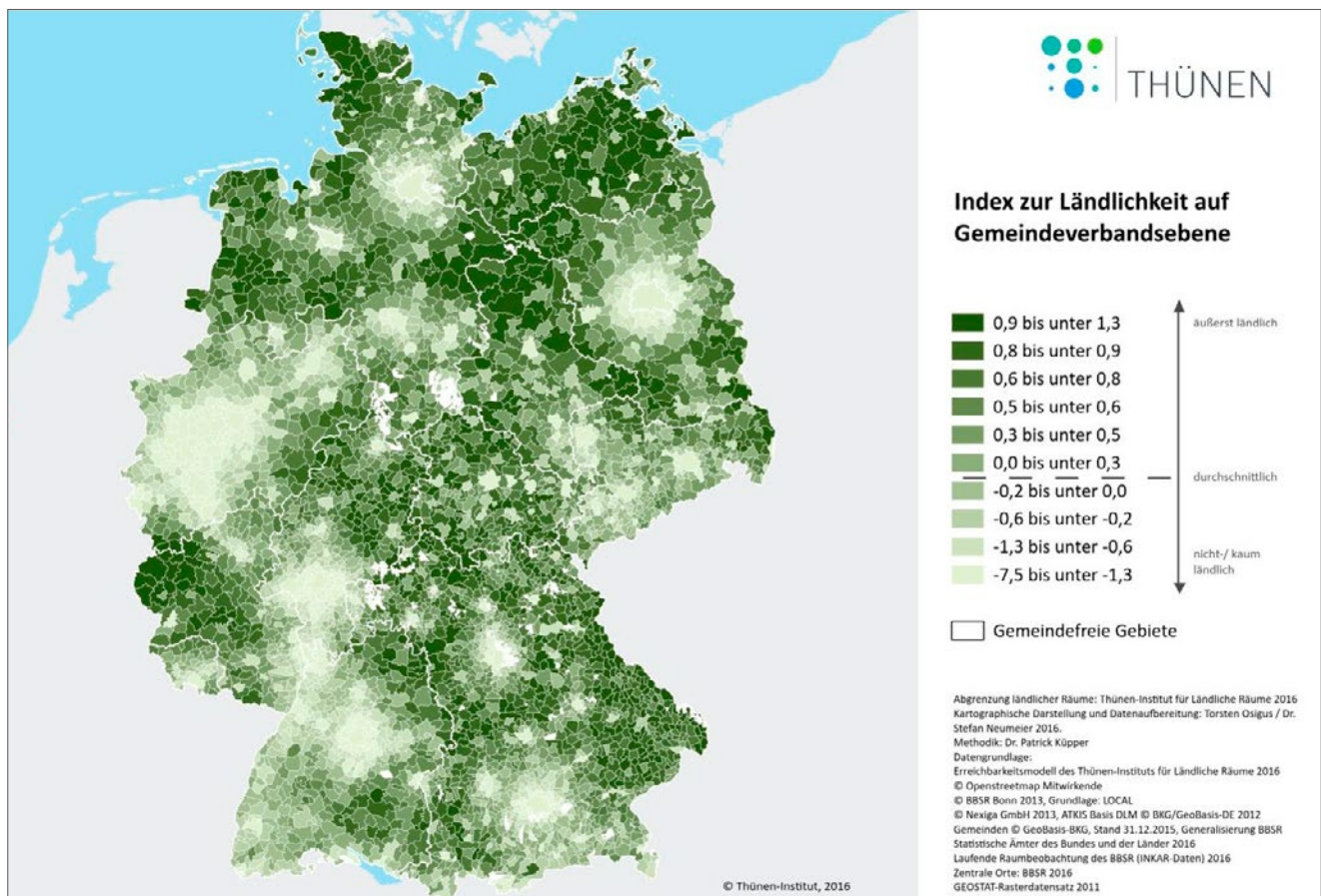
Beschluss des DIHK-Präsidiums vom 25. Juni 2025

Ländliche Räume als Möglichmacher der Transformation

Ländliche Räume sind ein wichtiger, aber oftmals unterschätzter Bestandteil der Wirtschaftslandschaft in Deutschland. Sie bieten mehr als nur Lebens-, Natur- und Erholungsorte – sie sind vor allem auch bedeutsame Wirtschaftsräume. Mit [rund der Hälfte](#)¹ der gesamten Bruttowertschöpfung tragen ländliche Räume maßgeblich zur ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes bei. Im Bereich der industriellen Wertschöpfung liegt der Anteil sogar bei knapp [zwei Dritteln](#)². Ländliche Räume beherbergen darüber hinaus einen beachtlichen Anteil der sogenannten „Hidden Champions“ – kleine bis mittelgroße Unternehmen, die in ihrem spezifischen Marktsegment weltweit führend sind und international erfolgreich agieren. Dies verdeutlicht, dass Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in ländlichen Regionen hoch ausgeprägt sein können. Aber nicht nur die industriellen Weltmarktführer, sondern auch viele andere Unternehmen wie Händler, Zulieferer, touristische Leistungsanbieter und weitere Dienstleister sind wichtige wirtschaftliche Motoren in ländlichen Regionen.

Die typische ländliche Region existiert nicht. Ländliche Regionen in Deutschland unterscheiden sich vielmehr in ihrer wirtschaftlichen Struktur, sozioökonomischen Lage, Identität und Funktion. Sie können stadtnahe Wohn- und Pendlerregionen sein ebenso wie starke Industriestandorte, beliebte Tourismusregionen oder Agrarlandschaften – und das in unterschiedlichen Kombinationen oder alles in einem. Als Grundlage für die folgenden Ausführungen dient der [Küpper-Ansatz](#)³, der die Ländlichkeit anhand siedlungsstruktureller Merkmale misst. Nach diesem Ansatz zählen etwa 91 Prozent der Fläche des Bundesgebietes zum ländlichen Raum. Auf dieser Fläche leben 57 Prozent der Bevölkerung.

Kartografische Darstellung: Ländlichkeit auf Ebene der Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände



zur Online-Darstellung: [Thünen-Landatlas](#)

¹ BMEL (2024a).

² Kempermann (2024), S.1.

³ Küpper (2016), S.5: Die Ländlichkeit steigt demnach an, je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer die Bevölkerungszahl im Umkreis besiedelter Flächen und je abgelegener die Region von großen Zentren ist. Auch bekannt als ‚Ansatz des Thünen Instituts‘.

Trotz ihrer Vielfalt verbindet ländliche Räume in Deutschland ein zentrales, gemeinsames Merkmal: Sie sind Orte der Transformation. Demografische, technologische, gesellschaftliche und klimatische Transformationsprozesse stellen sie vor besondere – teils spezifische – Herausforderungen, die sich von denen in Großstädten und Ballungsräumen unterscheiden können. Um diese wirksam zu gestalten und zu bewerkstelligen, braucht es passgenaue politische Maßnahmen sowie innovative Lösungen zur Stärkung der lokalen Infrastruktur und zur Aufrechterhaltung von Angeboten der Nahversorgung und Daseinsvorsorge. Dabei sollten die Wechselwirkungen ländlicher und städtischer Räume systematisch mitgedacht werden. Eine stabile Transformation gelingt nur, wenn Stadt und Land als Partner auf Augenhöhe betrachtet werden.

Ländliche Räume sind nicht nur Schauplätze der Transformation, sie nehmen eine besondere Rolle als Möglichmacher und Gestalter des Wandels ein. Besonders ihre Flächen und die Nähe zu natürlichen Ressourcen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Es lohnt sich daher, ländlichen Räumen einen besonderen Blick zuzuwenden. Das vorliegende Papier zeigt wirtschaftliche Chancen auf, beleuchtet spezifische Herausforderungen und skizziert Maßnahmen, die erforderlich sind, um ländliche Regionen als Gestaltungs- und Wirtschaftsräume der Zukunft zu stärken.

I. Ländliche Räume als Treiber der Energiewende

Ländliche Räume spielen beim Ausbau erneuerbarer Energien (EE) eine herausragende Rolle. Von den 58,2 Gigawatt (GW) Leistung der Onshore-Windenergie sind [ca. 95 Prozent](#)⁴ in ländlichen Räumen installiert, bei den Freiflächen-PV-Anlagen sind es sogar [98 Prozent](#)⁵. Damit leisten ländliche Räume einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit – auch für urbane Zentren, die ihren wachsenden Energiebedarf häufig nicht aus eigener Fläche decken können. Um das Potential der ländlichen Räume als Treiber der energetischen Transformation besser auszuschöpfen, schlägt die DIHK folgende Maßnahmen vor:

Anreize in Form von Netzentgeltentlastungen: Unter dem Slogan „Come to where the power is“ sollten Unternehmen eine Reduzierung der Netzentgelte erhalten, wenn diese grüne Direktlieferverträge (PPA) in der Region abschließen. Je näher Energieerzeugung und Energieverbrauch sich in räumlicher Nähe befinden, desto höher könnte dabei die Reduzierung der Netzentgelte ausfallen. Eine Maßnahme, die die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Wirtschaft stärkt und Investitionen in nachhaltige Projekte fördert. Zugleich unterstützt dieser Ansatz die Akzeptanz erneuerbarer Energie-Projekte bei der Bevölkerung vor Ort.

Investitionsförderung: Des Weiteren sollten Direktstrom-lieferverträge (PPA) im Rahmen einer Investitionsförderung zusätzlich angereizt werden. Dies erhöht die Attraktivität der Grünstrombeschaffung für Industrie und Gewerbe und regt Investitionen in erneuerbare Energien in ländlichen Räumen an.

Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen in angrenzender Nähe zum Betriebsgelände: Viele Unternehmen in ländlichen Räumen haben bereits heute in vielen Fällen die Potenziale von PV-Dachanlagen auf ihrem Betriebsgelände ausgeschöpft. Für eine weiterreichende Versorgung mit erneuerbaren Energien würden Unternehmen auf Erweiterungsflächen in unmittelbarer räumlicher Nähe zurückgreifen und beispielsweise eine zusätzliche PV-Freiflächenanlage errichten. Weil zumeist erst der Bebauungsplan geändert werden muss, ziehen sich die Genehmigungsverfahren über mehrere Jahre und gehen mit erheblichen Kosten für Gutachten einher, sodass Unternehmen sich vielfach gegen solche Projekte entscheiden. Hilfreich wäre daher den Privilegierungstatbestand, wie er bereits heute für Schienenwege oder Autobahnen vorliegt, für PV-Freiflächenanlagen auf Anlagen in angrenzender Nähe zum Betriebsgelände von Unternehmen zu erweitern – sofern hierdurch keine für anderweitige gewerbliche Ansiedlungen benötigten Flächen belegt werden. Einige Regionen befürworten, dass geprüft werden sollte, ob eine derartige Regelung auch auf weitere Erzeugungsarten ausgeweitet werden kann. In der Folge könnten Unternehmen bei der Gemeinde einen Bauantrag stellen und unmittelbar Rechts- und Planungssicherheit erhalten. Priorität sollte dabei auf der Eigenstromerzeugung und der Nutzung von Direktleitungen liegen. Als Anreiz für die Kommunen wäre es dabei wichtig, dass solche Flächen nicht zu den Flächenkontingenten gerechnet werden, die ihnen laut Regionalplanung für die bauliche Nutzung zustehen.

Vorausschauende Flächenplanung und Infrastrukturen: Bei allen Chancen bringt der privilegierte Ausbau von erneuerbaren Energien auf dem Land auch Herausforderungen mit sich, wie z.B. die nicht ausreichende Akzeptanz der Bevölkerung oder Konkurrenz zu anderen Nutzungen wie Landwirtschaft oder Flächen zur Erweiterung bzw. Neuansiedlung von Unternehmen. Eine vorausschauende Flächenplanung ist von zentraler Bedeutung, um Konflikte zwischen dem Bau von Erneuerbare Energieanlagen, landwirtschaftlicher Produktion, Flächen für Gewerbe und Industrie und vielen anderen Nutzungen zu minimieren. Es muss sichergestellt werden, dass wertvolle Industrie- und Gewerbeflächen, die für betriebliche Erweiterungen oder Neuansiedlungen dringend benötigt werden, erhalten bleiben – und touristische Kernbereiche angemessen geschützt werden. Ebenso sollten Aspekte der Infrastruktur, etwa Netzverfügbarkeit und Speichertechnologien, bei der zukünftigen Planung von Erzeugungsanlagen mitgedacht werden, um die Netzausbaukosten zu begrenzen und Investitionen wie z.B. in PV-Anlagen nach Errichtung an das Stromnetz anschließen zu können.

⁴ Sachverständigenrat ländliche Entwicklung (2024), S.2.

⁵ Sachverständigenrat ländliche Entwicklung (2024), S.2.

Korrekte Definition der Flächeninanspruchnahme: Ein wesentlicher Punkt, der zudem Berücksichtigung finden sollte, ist eine getrennte statistische Erfassung der EEG-Freiflächenanlagen. Denn statistisch werden z.B. PV-Freiflächenanlagen zu „Gewerbe und Industrie“ gezählt, ohne dass sich bei der Auswertung ableiten lässt, wie hoch der Anteil an PV-Freiflächenanlagen ist. So entsteht der Eindruck einer massiven Flächeninanspruchnahme durch Gewerbe und Industrie, wobei eigentlich PV-Freiflächenanlagen zum Teil sogar als Agri-PV-Anlagen errichtet wurden. Auch darüber hinaus sind statistischer Bestandteil einer Siedlungs- und Verkehrsfläche die Gebäude- und Freiflächen, die Betriebsflächen, die Verkehrsflächen sowie die Erholungs- und Friedhofsflächen. Um Aussagen über die Flächeninanspruchnahme und den tatsächlichen Grad der Versiegelung machen zu können, sollte bei der Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsflächen nur die durch bauliche Maßnahmen tatsächlich versiegelten Flächen berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für Flächen, die durch PV-Freiflächenanlagen (inkl. Agri-PV) oder für Windparks genutzt werden. Gleichzeitig gilt es, den Flächenverbrauch zu minimieren und der Mehrfachnutzung von Flächen Vorrang einzuräumen, beispielsweise Parkplatz- oder Agri-PV.

II. Zukunft und Transformation brauchen Fläche

Ländliche Räume können gesamtwirtschaftlich noch stärkeren Nutzen stiften, wenn ihre Flächenpotenziale in ausreichender und vorausschauender Form gehoben werden. Gewerbe- und Industrieflächen in ländlichen Räumen sind oft kostengünstiger als in städtischen Gebieten. Dies ermöglicht Unternehmen, größere Flächen zu geringeren Kosten zu erwerben oder zu mieten. Insbesondere großflächige Areale, die z.B. für die Industrie oder den Logistiksektor notwendig sind, stehen in urbanen Räumen oftmals gar nicht zur Verfügung. In vielen ländlichen Regionen gibt es eine hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede, etwa in Bezug auf Lage, Größe oder Nutzungsart der nachgefragten Flächen. Dies zeigt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Unternehmen je nach Standort und Branche.

Obwohl es in ländlichen Regionen vermeintlich nicht an Fläche mangelt, wird dieses Potential häufig nicht aktiviert. Ursache hierfür sind z.B. die zahlreichen Flächenrestriktionen, die potenzielle Suchräume einschränken: Naturschutzgebiete unterschiedlicher Kategorien, Landschaftsschutzgebiete und Kulturlandschaftsbereiche, Wasserschutzgebiete und nicht bebaubare Retentionsräume, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Energiegewinnung oder den Rohstoffabbau, Landwirtschaftliche Kernräume und gelegentlich auch die Topografie. Bedarfsvorgaben der Länder, die sich an der Flächennachfrage vergangener Jahre orientieren, schreiben ein begrenztes Angebot auch für die Zukunft fort.

Über die Jahrzehnte haben die oben angeführten Restriktionen an Zahl und Dichte stetig zugenommen. Dies führt dazu, dass in manchen Regionen nur noch wenige gewerblich nutzbare Flächenpotenziale für künftige Generationen zur Verfügung

stehen. Um diese jetzt zu sichern, bedarf es einer konkreten Vorsorgeplanung, bei der sich z.B. an der Sicherung von Rohstofflagerstätten orientiert werden könnte. Mit einem Instrument planungsrechtlicher Reservegebiete für Gewerbe- und Industriebereiche könnten solche Flächen so lange gesichert werden, bis ein konkreter Bedarf zur Inanspruchnahme nachgewiesen werden kann.

Flächen für zukunftsweisende Wirtschaftszweige: Im Grundsatz hat eine flächeneffiziente Planung zu gelten. So können Gewerbegebiete nachhaltig gestaltet werden, die Transformation von Bestandsflächen unterstützt und Flächenkreisläufe etabliert werden. Gerade für innovative Technologien und Produktionsweisen stoßen bestehende Standorte trotz Umgestaltung oftmals an ihre Grenzen. In solchen Fällen können neue, gut erschließbare Flächen besser geeignet sein als die aufwendige Umgestaltung bestehender Standorte. Die oftmals restriktive Flächenpolitik gefährdet jedoch die wirtschaftliche Transformation, die wir dringend benötigen. Es bedarf einer größeren Offenheit der Landes- und Regionalplanung für nachgewiesene Bedarfe: Wenn eine Kommune im ländlichen Raum Unternehmen gewinnen oder ansässige Betriebe erweitern möchte, darf der Zugang zu Flächen nicht an starren Vorgaben zentralörtlicher Kategorien scheitern. Wo Entwicklungspotenzial vorhanden und nachgewiesen ist, sollten auch entsprechende Flächenkontingente zur Verfügung gestellt werden.

Integrierte regionale Entwicklungs- und Verkehrskonzepte: Es gilt, regionale Stadt- und Siedlungsstrategien zu entwickeln, um auch die Gewerbeflächenversorgung für die Wirtschaft zu sichern. Konzepte der Metropolregionen und Regiopolen mitsamt ihrer Verflechtungsräume und die Erreichbarkeit von Kleinstädten in ländlichen Räumen sind dafür geeignete Ansätze. Die Infrastrukturangebote sollten die Erreichbarkeit aller Gewerbestandorte sichern. Der Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen sollte eine hohe Priorität in Politik und Verwaltung eingeräumt werden und die Kommunen bei der Planung, Vorbereitung und Entwicklung von Flächen gestärkt werden. Chancen bietet auch die interkommunale Zusammenarbeit, um möglichst großflächige Gewerbeflächen effizient zu nutzen, verkehrlich und energetisch zu erschließen und zu vermarkten. Dies fördert die wirtschaftliche Entwicklung und schafft Synergien. Eine gemeinsame Flächenentwicklung, abgestimmte Vermarktung und kooperative Planung sind zentrale Hebel für zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen.

III. Fachkräfte und Nachfolge in ländlichen Räumen sichern

Der demografische Wandel ist eine der zentralen Herausforderungen in Deutschland. Bevölkerungsprognosen zeigen, dass Deutschlands Einwohnerzahl in den kommenden Jahrzehnten sinken wird, während der Anteil älterer Menschen stetig wächst. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen: Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu gewinnen und offene Stellen zu besetzen. Ländliche Räume stehen dabei in der bundesweiten und auch

internationalen Konkurrenz um Fachkräfte vor besonderen Herausforderungen, unter anderem aufgrund ihrer oftmals eingeschränkten Anbindung durch den ÖPNV oder eines begrenzten Freizeit- und Kulturangebots. Gerade junge Menschen zieht es hingegen häufig in städtische Regionen.

Unternehmen versuchen der Fachkräfteentwicklung durch duale Ausbildung im Betrieb entgegenzuwirken. Aktuell werden **ca. 60 Prozent⁶** der Ausbildungsplätze in ländlichen Räumen bereitgestellt – ein wichtiges Potenzial, das es zu sichern und zu stärken gilt. Gleichzeitig engagieren sich viele ländliche Gemeinden aktiv, um Fachkräftebindung und Zugang, etwa durch Willkommensinitiativen oder Strukturen, um Homeoffice und neue Arbeitsformen zu ermöglichen. Um die Fachkräftebasis von KMU in ländlichen Räumen langfristig zu erhalten und Perspektiven für kommende Generationen zu schaffen, bedarf es gezielter Maßnahmen:

Berufsschulstandorte sichern: Berufsschulen leisten mit der Vermittlung von berufsspezifischem Fachwissen einen entscheidenden Beitrag an der dualen Berufsausbildung. Um Standorte in ländlichen Räumen zu sichern, sollte die Mindestklassenstärke nach unten geöffnet werden. Sollte ein Bildungsangebot vor Ort nicht möglich sein, wäre eine größere Freizügigkeit bei der Berufsschulwahl erforderlich. Die Entscheidungsverfahren, insbesondere in den bundesländerübergreifenden Regionen, zur Wahl des Berufsschulstandortes sollten unbürokratisch und schnell geregelt werden.

Blockunterricht stärken: Blockunterricht kann insbesondere in ländlichen Regionen helfen, lange Pendelzeiten zu vermeiden und Ausbildungsabschnitte besser zu strukturieren. Daher sollte der Blockunterricht in ländlichen Räumen bei entsprechendem Bedarf der Betriebe gezielt gestärkt, bedarfsgerecht organisiert und durch entsprechende rechtliche sowie organisatorische Rahmenbedingungen unterstützt werden. Die Ausgestaltung sollte in enger Abstimmung mit der regionalen Wirtschaft erfolgen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist auch, dass Auszubildende während der Blockphasen Zugang zu geeigneten und bezahlbaren Wohnmöglichkeiten haben.

Das Dual mit Wahl Plus Modell umsetzen und affine Berufe gemeinsam beschulen: Bei der Entwicklung und Aktualisierung von Berufen sollte das Modell „Dual mit Wahl+“ konsequent umgesetzt werden. Das Modell verfolgt den Ansatz, in einer ersten Phase der Ausbildung zunächst berufsübergreifende Kompetenzen zu vermitteln. Mit einer Spezialisierung erst in der nachgelagerten zweiten Phase wird dieser Ansatz den sich kontinuierlich verändernden Tätigkeitsprofilen in der Wirtschaft besser gerecht. Das Modell ermöglicht auch die gemeinsame Beschulung affiner Berufe und damit mehr Effizienz und Flexibilität. Besonders in ländlichen Regionen, wo die Zahl der Auszubildenden in einzelnen Berufen zum Teil gering ist, sichert das Konzept wohnortnahe

Ausbildungsangebote. Angesichts des bereits spürbaren Lehrkräftemangels gewinnt dieser Ansatz an Bedeutung.

Hybride Lehre ausbauen: An den Berufsschulen sollten vermehrt hybride Lehrangebote eingeführt werden, beispielsweise sollten moderne E-Learning- und KI-Angebote ausgebaut werden. Diese könnten ein Hebel sein, um dem Mangel an Berufsschullehrern und den weiten Wegen zwischen Berufsschulen und Betrieben zu begegnen. Auch wenn hybride Lehrformate grundsätzlich für alle Berufsschulen von Bedeutung sind, entfalten sie gerade in ländlichen Räumen ein besonderes Potenzial – etwa bei geringen Auszubildendenzahlen oder großen Entfernungen. Für eine Umsetzung braucht es modern strukturierte Berufsschulen sowie rechtliche Rahmenbedingungen, die hybride Lehrangebote mehr Bundesländern als bislang ermöglichen. Allen Berufsschulen sollte eine leistungsfähige und stabile Breitband-Internetverbindung zur Verfügung stehen – ebenso wie eine branchenübliche und -übergreifende Software, zeitgemäß berufstypische technische Endgeräte, ein WLAN-Empfang und entsprechende Stromanschlüsse an allen Schularbeitsplätzen für Lehrer und Schüler. Auch ein qualifizierter und zuverlässiger IT-Support ist unabdingbar.

Perspektiven für Fachkräfte bieten: Damit Fachkräfte den ländlichen Räumen erhalten bleiben, sind attraktive Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten von großer Bedeutung. Fehlen solche Angebote, dann besteht die Gefahr, dass Fachkräfte für den nächsten Karriereschritt in die urbanen Zentren abwandern bzw. ländliche Gegenden insgesamt scheuen. Die Betriebe leisten hierbei bereits wichtige Beiträge – sie sollten in ihren Bemühungen aber nicht allein gelassen werden. Es kommt entscheidend auf die Rahmenbedingungen an, die – auch im Interesse der Unternehmen – ein funktionierendes, betriebsnahes und vielfältiges Weiterbildungsangebot ermöglichen. Aktuell droht insbesondere ein Mangel an Weiterbildungspersonal, welcher insbesondere ländliche und strukturschwache Regionen noch stärker treffen könnte. Flexible und hybride Formate sollten daher dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen effizienter zu nutzen. Insbesondere sollten berufsbezogene Sprachkurse weiter angeboten werden. Gleichzeitig lebt gelungene Bildung auch vom sozialen Austausch. Deshalb ist die Bereitstellung von physischen Lernräumen und die Stärkung bestehender Strukturen von großer Bedeutung. Wichtig ist darüber hinaus eine effektive und möglichst gut vernetzte Beratung für Arbeitnehmer und Unternehmen. Hier sind neben den IHKs beispielsweise auch Verbände, Bildungsträger und Arbeitsagenturen in der Verantwortung.

Willkommenskultur stärken: Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen ländliche Räume neben einer bestmöglichen Erschließung aller inländischen Potenziale auch die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Gezielte Image- und Anwerbekampagnen in den Regio-

⁶ BMEL (2024b), S.5.

nen für einzelne Berufe oder Branchen sowie ein attraktives Standortmarketing können hierbei wichtige Beiträge leisten. Die Willkommenskultur sollte aktiv betrieben werden. Für die ankommenden ausländischen Arbeitskräfte sowie für die aufnehmenden Unternehmen könnten als erste Anlaufstellen regionale Welcome-Center in Betracht kommen. Diese könnten dann auf die verschiedenen regionalen Angebote zur Integration dieser Fachkräfte verweisen.

Unternehmensnachfolge erleichtern: Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die Unternehmensnachfolge: Gerade auf dem Lande erreichen immer mehr Inhaber von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben, Gaststätten, Hotels und Geschäften in Kürze das Ruhestandsalter. Es wird immer schwieriger, Nachfolgerinnen und Nachfolger zu gewinnen. Es droht, ein Stück Vielfalt des Mittelstandes und damit auch Orte der erlebbaren unternehmerischen Verantwortung und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes verloren zu gehen, welche gerade in ländlichen Räumen eine wichtige Rolle spielen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollten vermehrt Anreize zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit geschaffen werden. Initiativen wie regionale Nachfolgebörsen können Betrieben dabei helfen, passende Nachfolger zu finden. Ein entscheidender Hebel wäre zudem ein spürbarer Abbau bürokratischer Hemmnisse, etwa bei der Unternehmensübernahme. Häufig scheitert die Weiterführung an umfangreichen Auflagen, etwa im Bereich Brandschutz oder Hygiene, die mit einem Eigentümerwechsel sofort wirksam werden. Hier könnten „Reallabore“ helfen, bei denen die Bestandsvorgaben des bisherigen Eigentümers oder Pächters für einen begrenzten Zeitraum weitergelten. Eine solche Übergangsfrist würde es ermöglichen, neue Konzepte zunächst im laufenden Betrieb zu erproben und anschließend gezielt sowie planvoll zu investieren oder zu renovieren.

Ländliche Stärken sichtbar machen: Die Wahl, in ländlichen Räumen zu leben und zu arbeiten, wird von einer Vielzahl weiterer Faktoren beeinflusst, etwa durch Freizeitmöglichkeiten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort oder die Lebensqualität, die viele Regionen bieten. Diese Stärken gilt es nach vorne zu stellen bzw. auszubauen. Gerade im Tourismus gelingt es vielerorts sehr erfolgreich, die besonderen Qualitäten ländlicher Regionen nach außen sichtbar zu machen. Die Erfahrungen im Standortmarketing können auch für die Fachkräftegewinnung genutzt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit touristischen Marketingorganisationen kann ein Hebel sein, um die Attraktivität des Standorts gemeinschaftlich und überregional besser zu kommunizieren.

Ehrenamt als Standortfaktor: Vielerorts prägen Ehrenamt, Gemeinschaft und bürgerschaftliches Engagement das gesellschaftliche Leben in ländlichen Regionen. Diese Strukturen tragen nicht nur zur Lebensqualität bei, sondern gelten auch als wichtige Standortfaktoren für Fachkräfte und Unternehmen. Das Ehrenamt verdient eine stärkere Berücksichtigung in der Regionalentwicklung – etwa durch gezielte Förderprogramme, Anerkennungsinstrumente und durch Entbürokratisierung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Attraktivität für Fachkräfte ausbauen: Damit ländliche Räume für Fachkräfte und junge Familien attraktiv bleiben oder werden, braucht es bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Das betrifft sowohl die Kinderbetreuung als auch pflegerische Angebote für Angehörige. Bund und Länder sollten gemeinsam mit Kommunen dafür sorgen, entsprechende Kapazitäten zu schaffen. Kultur- und Freizeitangebote sowie moderne Arbeitsformen, etwa Coworking-Räume, sollten gestärkt und weiterentwickelt werden. Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus lokale Netzwerke zur Fachkräftesicherung. Die IHK-Organisation setzt sich engagiert für deren Auf- und Ausbau ein und fördert den Austausch zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und weiteren lokalen Akteuren. Betriebe engagieren sich beispielsweise in „Lokalen Bündnissen für Familien“ und tragen so aktiv zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

IV. Ländliche Räume im Takt der Zukunft

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und eine gute Anbindung sind Grundvoraussetzungen, um den Wirtschafts- und Warenverkehr sicherzustellen, Lieferketten effizient zu gestalten sowie den Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu ermöglichen – das gilt gleichermaßen für städtische wie ländliche Räume. Die Ausgangsbedingungen unterscheiden sich jedoch deutlich: Während in Städten dichtere Netze, kürzere Distanzen und höhere Fahrgastzahlen die Nutzung von Bus und Bahn begünstigen, bleibt das Auto in ländlichen Räumen mangels Alternativen vielfach unverzichtbar. Der Ausbau des ÖPNV ist ein wichtiges Ziel, das in dünn besiedelten Regionen jedoch an Umsetzungsgrenzen stößt. Die Finanzierbarkeit, die oftmals geringe Auslastung sowie der Mangel an Fahrerinnen und Fahrern stellen den ÖPNV und die Aufgabenträger bei der Angebotsgestaltung für ländliche Räume vor erhebliche Herausforderungen. So liegt der Kostendeckungsgrad des ÖPNV in ländlichen Räumen nur auf einem Bruchteil des städtischen Niveaus. Es braucht daher passgenaue Ansätze und innovative Mobilitätslösungen, die den spezifischen Realitäten ländlicher Räume gerecht werden:

Alternative und innovative Mobilität stärken: Gerade in ländlichen Räumen können innovative Mobilitätskonzepte wie On-Demand-Verkehre im ÖPNV, Car-Sharing-Angebote oder perspektivisch auch Autonomes Fahren vielversprechende Lösungen darstellen. Auch Fahrgemeinschafts-Apps, die Pendler mit ähnlichen Arbeitswegen vernetzen, bieten einen niederschweligen, kostengünstigen und schnellen Ansatz – besonders für Berufspendler mit gleicher Strecke. Damit sich solche Modelle am Markt behaupten und weiterentwickeln können, sollten rechtliche Rahmenbedingungen verlässlich und innovationsfreundlich gestaltet werden. Darüber hinaus sollten auch Anreize für betriebliches Mobilitätsmanagement weiterentwickelt werden. Besonders in ländlichen Räumen bietet sich die Erprobung des autonomen Fahrens an. Es bietet die Chance, Mobilität auch für jene Personen zu gewährleisten, die keinen PKW führen können. Neue Mobilitätskonzepte könnten in Form von „Reallaboren“ erprobt werden. Dafür ist ein flexibler recht-

licher Rahmen notwendig, der es ermöglicht, die Konzepte zu testen und anzupassen. KMU sollten von Anfang an in diesen Prozess eingebunden werden.

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren (PPPs): Durch Kooperationen können Ressourcen gebündelt, Synergien gebildet und Effizienz gesteigert werden. Zum Beispiel könnten gering ausgelastete Fahrten von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Partnerschaften mit Supermärkten oder Lieferdiensten genutzt werden, um Warenlieferungen zu transportieren. Diese Lösungen können dabei helfen, die Mobilitätsbedürfnisse in weniger dicht besiedelten Gebieten besser zu bedienen und Leerfahrten zu vermeiden. Taxi- und Mietwagenfirmen sollten in „On Demand Konzepte“ wie dem ÖPNV-Taxi eingebunden werden. Häufig scheitern PPP-Modelle jedoch an bürokratischen Hürden, komplexen Vergabeverfahren, rechtlichen Unsicherheiten oder Haftungsfragen. Genehmigungsprozesse sollten beschleunigt werden, um eine schnelle und effiziente Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren zu ermöglichen.

Taktung verbessern, Anbindung stärken: Ein attraktiver ÖPNV braucht eine höhere Taktfrequenz mit kleineren Einheiten – orientiert an den tatsächlichen Bedürfnissen der Fahrgäste. Besonders wichtig ist der Anschluss ländlicher Gewerbegebiete zu Schichtzeiten sowie kreisübergreifende Verbindungen, etwa für den Berufs- und Tourismusverkehr. Der 2019 beschlossene Deutschlandtakt als Konzept für ein deutschlandweit synchronisiertes und verbessertes Schienennetz soll die Voraussetzungen schaffen, um Ballungszentren und Regionen besser miteinander zu vernetzen. Dieser Takt muss hohe Standards bei der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit erfüllen, um für Unternehmen und Pendler eine akzeptable Alternative zum PKW bieten zu können. Zudem sind eine verbesserte überregionale Abstimmung und funktionierende Anschlussmöglichkeiten anzustreben. Vor Ort wird die optimale Verknüpfung von Bus- und Bahnlinien an Knotenpunkten über einen Integralen Taktfahrplan erreicht.

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur: Aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte und der größeren Entfernungen zu den Zentren wird das Auto in ländlichen Räumen weiterhin eine große Rolle spielen. Individuelle Mobilität ist für viele Menschen notwendig, um am Arbeits- und Sozialleben teilzuhaben. Eine umfassende Modernisierung und der gezielte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Räumen – Straßen, Brücken und Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge – bleiben für Menschen und Unternehmen in diesen Regionen daher wesentlich. Angesichts der besonderen Mobilitätsbedarfe in ländlichen Regionen dürfen keine zusätzlichen Hürden für Unternehmen und Pendler entstehen. Klimaschutzinstrumente wie City-Maut, hohe Parkgebühren oder strenge Emissionszonen treffen Landbewohner unverhältnismäßig, wenn keine praktikablen Alternativen zur Verfügung stehen. Statt auf Verbote und Verteuerungen des PKW-Verkehrs zu setzen, sollten zielführende Anreize geschaffen werden, um Unternehmen und Bürger zum Um-

stieg auf nachhaltige Mobilitätsformen zu motivieren. Dabei sollte geprüft werden, welche Lösungen regional sinnvoll und umsetzbar sind.

Starke Logistikinfrastruktur für die Industrie in ländlichen Räumen: Vor allem mittelständische Unternehmen aus der produzierenden Industrie haben ihren Unternehmenssitz in ländlichen Räumen. Viele von ihnen sind seit Jahrzehnten in der Region verwurzelt und fertigen hochspezialisierte Produkte für den Weltmarkt. Sie sind hierbei auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, sowohl schienen- wie auch straßenseitig. Um die Produktionsversorgung zu sichern, aber auch um den Abtransport von fertigen Produkten – von Komponenten für die Automobilindustrie bis hin zu Spezialmaschinen – zu erleichtern, werden auch in der Region gut ausgebaute Verkehrsnetze benötigt. Bahnstrecken sollen für Achslasten von 22,5 t und Meterlasten von 8,0 t/m ertüchtigt sowie Neubau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen weiter über das Anschlussförderprogramm des Bundes gefördert werden. Straßenseitig soll auch jenseits der Autobahnen ein bundesweit geschlossenes, restriktionsfreies Netz für reguläre Straßengütertransporte bis 44 t und 4 Metern Höhe wie auch genehmigungspflichtige Großraum- und Schwerlasttransporte mit noch größeren Dimensionen zur Verfügung stehen.

Bahnreaktivierungen erleichtern: Die Bemühungen um Reaktivierungen von Bahnstrecken zur besseren Anbindung ländlicher Räume scheitern oft an schwachen Nutzen-Kosten-Relationen, langen Genehmigungsverfahren und Problemen mit dem Naturschutz. Dies gilt besonders bei bereits entwidmeten Strecken. Da diese Strecken die Attraktivität von Regionen verbessern und zugleich einen Beitrag zur Mobilitätswende leisten könnten, sollten Möglichkeiten zur Kostensenkung und Beschleunigung konsequent erschlossen werden. Einfachere, dafür aber leichter umsetzbare Standards können die finanzielle Umsetzbarkeit eines Reaktivierungsprojektes erleichtern bzw. erst ermöglichen. Wie auch in allen anderen Bereichen ist auf einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel zu achten.

Stärkere Intermodalität bei den Verkehrsangeboten in ländlichen Räumen: Die Stadt-Land-Pendlerbeziehungen sollten insbesondere in der Verkehrsplanung der Städte Berücksichtigung finden. Verschiedene Verkehrsmittel wie Busse, Bahnen, Carsharing, (E-)Fahrrad oder E-Scooter sollten auch in der elektronischen Fahrplanabfrage und in Fahrplan-Apps besser miteinander verknüpft werden, um eine nahtlose Mobilität zu ermöglichen. Dazu ist ein Ausbau von Park- and Ride-Parkplätzen und Mobilstationen wichtig. Auch die Radverkehrsinfrastruktur auf dem Land sollte gestärkt werden. Die Politik sollte gezielt in den Ausbau sicherer Radwege und Radschnellwege investieren, bestehende Lücken im Wegenetz schließen und durch Förderprogramme sowie Vereinfachungen bei Planungsprozessen Anreize für kommunale Projekte schaffen. Das E-Bike sorgt bereits heute für eine größere Mobilität in ländlichen Räumen und sollte bei Planungen ebenso wie bei Förderprogrammen mitgedacht werden.

Potential aus Mobilitätsdaten nutzen: Das im Oktober 2024 beschlossene Mobilitätsdatengesetz kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Zugänglichkeit zu Verkehrsdaten zu verbessern und verschiedene Verkehrsträger effektiv miteinander zu verknüpfen. Gerade in ländlichen Räumen, in denen Verkehrsangebote oftmals weniger gut vernetzt sind, kann eine bessere Datengrundlage die Planung bedarfsgerechter Lösungen und die Steuerung einer nahtlosen, multimodalen Mobilität erheblich verbessern. Das Mobilitätsdatengesetz sollte zügig und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden. Hierbei gilt es zu beachten, dass die Mobilitätsdateninfrastruktur gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen geschaffen werden muss. Insbesondere kleinere Kommunen haben aufgrund fehlender Verpflichtung, mangelndem Know-How und knapper Finanz- und Personalressourcen oft Schwierigkeiten, Mobilitäts-, Auslastungs- und Baustellendaten durchgehend und digital zur Verfügung zu stellen. Hierbei sollten mit Unterstützung des Bundes und der Länder die Ressourcen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erfassung und Lieferung von Mobilitätsdaten geschaffen werden. Bundesinitiativen wie die Mobilithek sollten auch weiterhin gefördert werden. Auch Landesinitiativen wie z.B. das MobiDrom.NRW sind gute Beispiele dafür, wie Mobilitätsdaten übergreifend nutzbar gemacht werden können.

V. Gut versorgt – auch auf dem Land

Ein Basisangebot an Nahversorgung und Daseinsvorsorge ist entscheidend, um ländliche Regionen attraktiv für Unternehmen, Fachkräfte und deren Familien zu machen. Dazu zählen neben ausreichenden Betreuungsangeboten, gute Schulen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung mit konsequent umgesetztem E-Government, eine grundlegende Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Gleichzeitig stehen viele ländliche Regionen vor der Herausforderung, diese Angebote aufrechtzuerhalten. Um die Versorgung vor Ort zu sichern und zu stärken, können folgende Lösungsansätze beitragen:

Umnutzung ermöglichen: Rechtliche und planerische Standards im Bereich der Nahversorgung sollten flexibilisiert werden, um auf die spezifischen Gegebenheiten ländlicher Räume besser eingehen zu können und wirtschaftlich tragfähige Umnutzungsvorhaben zu ermöglichen. Viele leerstehende Immobilien, wie ehemalige Gaststätten oder Bankfilialen, könnten schnell und kostengünstig in kleinere Lebensmittelmärkte oder multifunktionale Versorgungszentren umgewandelt werden. Oft scheitert diese Umnutzung jedoch an starren Bau- und Nutzungsvorgaben, die aufwendig angepasst werden müssen und damit ein Investitionshindernis darstellen. Mit einer vereinfachten Genehmigungspraxis könnten solche Gebäude leichter genutzt und damit Versorgungslücken geschlossen werden. Zudem erweist sich der Betrieb kleiner Verkaufsflächen häufig als wirtschaftlich schwierig. Ein Lösungsansatz kann hierbei in der Stärkung alternativer Betreibermodelle liegen – etwa genossenschaftlich organisierte Dorfläden, kommunale Trägerschaften oder

regionale Betreiberkooperationen. Dabei ist es wichtig, einen fairen Wettbewerb zu wahren.

Verzahnung stärken: Regionale Kooperationen können erheblich dazu beitragen, die Nahversorgung in ländlichen Räumen sicherzustellen und die Rentabilität zu verbessern. Durch die Verzahnung von Mobilität, Logistik, Post, stationärem Einzelhandel oder Gesundheitsangeboten können neue Nahversorgungsangebote geschaffen werden. Regionale Initiativen können dabei unterstützen, die Wirtschaftskraft vor Ort stärken. Beispielhaft sind Projekte, bei denen kleinflächige Nahversorgungsflächen in Kombination mit weiteren Funktionen wie Geldautomaten, Postdiensten oder telemedizinischen Gesundheitsangeboten betrieben werden. Förderprogramme, wie z.B. das EU-LEADER-Programm, leisten einen wichtigen Beitrag, um innovative Versorgungslösungen im ländlichen Raum zu stärken bzw. regionale Kooperationen gezielt zu fördern, und sollten auch weiterhin fortgesetzt werden.

Marktwirtschaftliche Ansätze und regionale Abstimmung: Bei der Schließung von Lücken bei der Lebensmittelversorgung sollten marktkonforme Lösungen Priorität haben. Dabei ist es wichtig, dass sich Gemeinden untereinander abstimmen und die Vorgaben der Raumordnung einhalten, um Schließungen von Nahversorgern oder ein Überangebot zu vermeiden. Zudem sollten neue Geschäfte und Versorgungsangebote so geplant werden, dass sie in die bestehenden zentralen Orte passen. Das Ziel ist, die Grundversorgung für alle Bewohner effizient und nachhaltig zu organisieren. Hierbei können interkommunal abgestimmte Einzelhandels- und Zentrenkonzepte einen wichtigen Beitrag leisten. Die Konzepte bilden eine konzeptionell abgesicherte Strategie zur zukünftigen Entwicklung des Einzelhandels in den Ortsteilen und bieten möglichen Investoren von Einzelhandelsprojekten eine Orientierung.

Rechtssichere Grundlagen für die Öffnung voll-automatisierter Kleinstsupermärkte: Voll-automatisierte Kleinstsupermärkte bieten große Chancen, die Nahversorgung in ländlichen Räumen zu stärken. Besonders dort, wo es an traditionellen, regelmäßig besetzten Verkaufsstellen fehlt, sind innovative Modelle gefragt. Damit diese Konzepte erfolgreich umgesetzt werden können, benötigen Verkaufsstellen für Güter des täglichen Bedarfs ohne Personal mehr Rechtssicherheit in Bezug auf ihre Öffnungsmöglichkeiten an Sonn- und Feiertagen. Vorbild könnten die Regelungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sein. Auch das Hessische Ladenöffnungsgesetz bietet einen Lösungsansatz, wobei die maximal zulässige Verkaufsfläche großzügiger angesetzt werden sollte, um ein wirtschaftlich rentables und den Kundenwünschen entsprechendes Angebot mit Nahversorgungssortiment zu ermöglichen.

VI. Ländlichen Wohnraum attraktiv gestalten

Bezahlbarer Wohnraum ist ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Attraktivität einer Region und spielt eine zentrale Rolle bei der Ansiedlung von Fachkräften. In ländlichen

Gebieten kann die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum dazu beitragen, diese Regionen als attraktive Lebens- und Arbeitsorte zu positionieren. Durch den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften wird nicht nur der lokale Arbeitsmarkt gestärkt. Gleichzeitig entlastet bezahlbarer Wohnraum die Wohnungsmärkte in städtischen Ballungsräumen und trägt so zu einer ausgewogeneren regionalen Entwicklung bei.

Doch auch in ländlichen Regionen sind die Angebotsmieten und Baulandpreise in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu finden, betrifft damit nicht mehr nur städtische Ballungsräume, sondern zunehmend auch ländliche Regionen. Eine weitere Herausforderung in ländlichen Räumen stellen energetische Sanierungen im Bestand dar, die durch kurze Fristen, ungenaue und sich oft ändernde Regelungen sowie kleinteilige Vorschriften erschwert werden. Diese Faktoren machen Investitionen weniger attraktiv. Es ist daher entscheidend, geeignete Maßnahmen zu ergreifen:

Die Anreize für Bestandsimmobilien: Zur Stärkung ländlicher Räume sollten Anreize für Erwerb und Umbau von Bestandsimmobilien geschaffen werden. Unter anderem sollte die Finanzierung von Klimaschutzvorgaben anteilig aus dem Klima- und Transformationsfonds oder dem Bundeshaushalt geleistet werden, um die Investitionen in die Sanierung von Gebäuden sowie den Neubau wieder attraktiver zu machen. Gleichzeitig bedarf es hierbei auch praxisgerechteren Umsetzungsvorgaben wie beispielsweise die Offenheit bei der Wahl der Technologie und der Materialien.

Gezielte Maßnahmen für den Wohnungsbau: Für die Schaffung von notwendigem Wohnraum sind privatwirtschaftliche Investitionen erforderlich und gleichwertig zu fördern. Aus steuerlicher Sicht ist die Senkung der Grunderwerbssteuer ein wichtiges Instrument, um Investitionen in den Wohnungsbau zu fördern und so mehr bezahlbaren Wohnraum in ländlichen Räumen zu schaffen. Es braucht zudem geeignete Maßnahmen wie eine Genehmigungsfiktion und Stichtagsregelungen, um langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Außerdem sollte die Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen für Bezieher mittlerer Einkommen außerhalb der Oberzentren unterstützt sowie die Errichtung von Wohneigentum durch das Vorhalten von Bauland befördert werden. Kommunen sind bei dessen Erschließung zu unterstützen. Steuerliche Sonderabschreibungen sind zu prüfen.

Bedarfsgerechte Wohnraumangebote: Ländliche Räume weisen einen deutlich höheren Pro-Kopf-Wohnflächenbedarf auf als städtische Gebiete. So beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in ländlichen Regionen etwa 51,4 Quadratmeter, während sie in städtischen Gebieten bei 40,9 Quadratmetern⁷ liegt. Da das Flächensparziel des

Bundes für die gesamte Republik gilt, ist es unerlässlich, dass ländliche Räume nicht überproportional mehr Fläche in Anspruch nehmen. Unabhängig von der Region muss überall das Prinzip einer nachhaltigen und effizienten Flächennutzung verfolgt werden. Es zeigt sich zudem, dass vor allem ein breites Spektrum an Wohnraum fehlt. Mehrfamilienhäuser und sogenannte Singlewohnungen werden durchschnittlich selten gebaut, was dazu führt, dass vor allem Senioren in viel zu großen Einheiten wohnen bleiben. Dies begründet sich in einem mangelndem Angebot an kleineren und bezahlbaren Wohneinheiten in ländlichen Kommunen.

VII. Digitale Lösungen für das Land

Digitale Lösungen können dabei helfen, Disparitäten und strukturelle Defizite auszugleichen und die Lebensqualität sowie wirtschaftliche Perspektiven in ländlichen Gebieten zu verbessern. Ein Beispiel für den Nutzen der Digitalisierung in ländlichen Räumen ist die Gesundheitsversorgung. Hier können z.B. digitale Apps helfen, die medizinische Versorgung in unterversorgten Regionen sicherzustellen und den Weg zu Ärzten zu verkürzen. Auch der Zugang zu Bildung und Weiterbildung wird durch digitale Lösungen erleichtert, ebenso die Erledigung von Verwaltungsdienstleistungen. Um diese Potenziale zu heben und die Digitalisierung in ländlichen Räumen voranzutreiben, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Glasfaser- und Mobilfunkausbau als Grundvoraussetzung für digitalen Fortschritt: Schnelles Internet ist eine der zentralen Voraussetzungen für digitale Innovation. Zwar schreitet der Netzausbau durch die privaten Netzbetreiber voran, doch besonders in ländlichen Räumen besteht häufig noch Nachholbedarf. Während in städtischen Gebieten rund 86 Prozent der Haushalte mit einer Bandbreite von mindestens 1.000 Mbit/s versorgt sind, liegt dieser Anteil in halbstädtischen Gebieten bei 64 Prozent und in ländlichen Regionen bei lediglich 36 Prozent⁸. Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge verstanden werden. Die öffentliche Hand sollte gemeinsam mit den ausbauenden Unternehmen kontinuierlich darauf hinwirken, alle Haushalte und Unternehmen mit Glasfaseranschlüssen zu versorgen, um gleiche Lebensverhältnisse sicherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen langfristig zu sichern. Eine leistungsfähige Internetleitung ist nicht nur für das operative Geschäft von Unternehmen und der Nutzung digitaler Technologien von großer Bedeutung – sie bildet auch die Grundlage für flexible Remote-Arbeitsmodelle und sorgt für attraktivere Wohnbedingungen für Fachkräfte. Zusätzlich gilt es der lückenhaften Mobilfunkversorgung zu begegnen.

Innovative Lösungen im Gesundheitssektor weiter voranbringen: Viele Start-ups sowie KMU entwickeln im Gesundheitssektor innovative Lösungen, die großes Potential für

⁷ Empirica Regio, 2022.

⁸ BMEL (2024c), S.27

ländliche Räume bergen. Damit solche Innovationen entstehen können, benötigen die Unternehmen – unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen – einen Zugang zu versorgungsrelevanten medizinischen Gesundheitsdaten. Voraussetzung dazu ist die Kooperationsbereitschaft zentraler Akteure, z.B. Universitätskliniken. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Interoperabilität der verschiedenen Informationssysteme. Neben den Möglichkeiten der Digitalisierung gibt es in einigen Regionen bspw. im Hochsauerland, bereits Anreizsysteme, um absolvierten jungen Allgemeinmediziner*innen die Übernahme einer Landarztpraxis attraktiv zu machen, etwa durch finanzierte Hospitationen in Mentorenpraxen bis hin zu Prämien für den Aufbau oder die Übernahme einer Praxis mit der Maßgabe, diese mindestens 10 Jahre zu betreiben. Solche Anreizsysteme könnten auch in anderen Regionen geprüft und – sofern geeignet – eingesetzt werden, um die ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen zu stärken.

VIII. Zukunftsorientierte ländliche Räume

Damit sich ländliche Räume langfristig behaupten und zukunftsfähig entwickeln können, benötigen sie eine starke wirtschaftliche Basis. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die Industrie, die in vielen ländlichen Regionen das wirtschaftliche Rückgrat bildet. Die Industrie ist eng mit Zulieferern, Kunden oder Dienstleistern aus verschiedenen Branchen verknüpft, die gemeinsam zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Damit diese Unternehmen auch künftig erfolgreich wirtschaften können, sind neben den bereits genannten Faktoren wie Infrastruktur, Fläche, Fachkräfte, Wohnraum und Nahversorgung auch stabile und wettbewerbsfähige Energiepreise sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für Betriebserweiterungen oder neue Produktionsstätten von zentraler Bedeutung. Ein wichtiger Faktor für die langfristige Zukunftsfähigkeit ist außerdem die Innovationslandschaft vor Ort:

Ländliche Räume brauchen F&E-Power: Eine die Stärken der Region berücksichtigende Hochschul- und Forschungsinfrastruktur und die Einbeziehung ländlicher Räume in Forschungsnetzwerke sind entscheidend, um Innovationen voranzutreiben und den Technologietransfer zu ermöglichen. Die IHKS spielen eine zentrale Rolle, indem sie Partnerschaften und Kooperationen vermitteln. Zur Stärkung des Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollten sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch weiter als bisher für eine Zusammenarbeit mit Unternehmen öffnen, indem der Transfer als dritte Säule neben Forschung und Lehre gestärkt wird. Zudem könnten Bund und Länder gemeinsam Ausgründungen aus Hochschulen (Spin-offs) fördern, um dadurch potenzielle Unternehmensgründungen – auch im ländlichen Raum – zu stimulieren.

Wirtschaftliche Stärke durch regionale Spezialisierung: Aus der industriellen Entwicklung haben sich in vielen Regionen spezialisierte Wirtschaftskluster gebildet. So ist Sachsen durch Hightech-Mikroelektronik geprägt, der Schwarzwald

oder Südwestfalen von Autozulieferbetrieben, und in Thüringen hat sich ein starkes Photoniknetzwerk entwickelt. Die IHKS unterstützen die Clusterbildung und fördern die Vernetzung zwischen Unternehmen und anderen Akteuren vor Ort, wie z.B. mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Technologieclustern.

Mut für Neues: Ländliche Räume bieten in Zeiten des Wandels zahlreiche Chancen für die Weiterentwicklung – sei es im Bereich der Chip-Branche, Wasserstofftechnologien oder der Elektromobilität. Angesichts der geschilderten Potentiale und Vorteile ländlicher Räume bieten sich gute Voraussetzungen für die Ansiedlung zukunftsweisender Industrien und innovativer Dienstleister – auch aus dem Ausland. Die gezielte Ansiedlung internationaler Unternehmen kann nicht nur Investitionen, Innovationen und Beschäftigung fördern, sondern auch den Wissensaustausch stärken und neue Perspektiven eröffnen. Es braucht vor allem auch den Mut, neue Modelle auszuprobieren und innovative Wege zu gehen, um das volle Potenzial dieser Regionen zu entfalten – und das gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort. Das gelingt umso mehr, wenn sich die Akteure gut kennen und ein gemeinsames Ziel verfolgen – auch das ist in ländlichen Räumen vielfach gegeben. Damit sind ländliche Räume nicht nur ein Standort für traditionelles Wirtschaften, sondern ein innovativer Ort für die Wirtschaft von morgen.

Quellen der Kennzahlen:

BREL (2024a). [Pressemitteilung Nr. 129/2024.](#)

BREL (2024b). [Kraft des Landes: Vierter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume.](#)

BREL (2024c). [Kraft des Landes: Vierter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume. Kurzfassung.](#)

Empirica Regio (2022). [Sonderauswertung zur verfügbaren Wohnfläche in Deutschland.](#)

Kempermann (2024). Ländliche Räume: [Der Stabilitätsanker Deutschlands.](#)

Küpper (2016). [Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume.](#)

Sachverständigenrat ländliche Entwicklung (2024), [Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung \(SVLE\) beim BREL: Transformation des Energiesystems.](#)